

Bernd Lange, MdEP

Thesen zur 2. Sozialkonferenz, 5. November 2010

Workshop „Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“

1. Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung spricht die richtigen Probleme an. Auch die europäische Strategie für die nächsten Jahre („Europa 2020“), auf die sich die Europäische Union (EU) und die Mitgliedstaaten derzeit verständigen, nimmt dem Kampf gegen Armut auf und will bis 2020 25 Prozent der Armen aus dieser Misere befreien. Es bleibt aber dabei, dass die Mitgliedstaaten für die Arbeitsmärkte und Sozialsysteme verantwortlich sind. Deswegen kann **eine Koordinierung auf Europäische Ebene** geschehen, konkret **handeln müssen aber insbesondere die Mitgliedsländer**.
2. In der EU sind 79 Millionen Menschen (15 Prozent) von Armut betroffen. Deutschland liegt dabei im Mittelfeld. Die Zahlen zeigen im gesamten wie in speziellen Bereichen erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern. **Ziel einer europäischen Armutsbekämpfung muss also auch sein, dass von Erfolgen anderer gelernt wird.**
3. **Arbeit schützt heute in Deutschland nicht vor Armut.** 2007 arbeiteten 1,3 Millionen Menschen, die Arbeitslosengeld II bezogen - 480 000 Menschen arbeiteten dabei in einem Vollzeit-Job. Niedrige und niedrigste Löhne ermöglichen diese Entwicklung. **20 von 27 Staaten in der EU haben einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, damit prekäre Beschäftigung und Armut verhindert werden.** In Skandinavien gibt es sogar eine allgemeine Tarifbindung. Deutschland braucht daher einen allgemeinen **gesetzlichen Mindestlohn** von mindestens 8,50 € pro Stunde.
4. Um **Armut zu bekämpfen**, müssen also ordentliche Löhne gezahlt werden. Hier kann die europäische Gesetzgebung helfen. Die **Leiharbeit muss** im Rahmen der Leiharbeitsrichtlinie in Deutschland **wieder reguliert werden**, so dass Prinzip „**Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit**“ wieder gilt. Ebenso notwendig erscheint die Überarbeitung der europäische Entsenderichtlinie, die dieses Prinzip und andere **Standards anhand von Tarifverträgen verbindlich** für alle festlegt. Zusammen mit der Möglichkeit **Tarifverträge grenzüberschreitend** abzuschließen, wäre das ein sinnvolles **Maßnahmenpaket gegen Dumpinglöhne**.
5. In der EU sind **19 Millionen Kinder (25 Prozent) von Armut betroffen**. In Dänemark sind es nur drei Prozent, in Deutschland 20 Prozent. Nirgendwo in Europa gehen so viele Kinder in einen Kindergarten und arbeiten so viele alleinerziehende Mütter wie in Dänemark. Deswegen ist es auch in Deutschland notwendig, die **Kinderbetreuung stärker als bisher auszubauen** und Alleinerziehenden und jungen Familien so **Kinder und Beruf zu ermöglichen**.

6. Heute ist **Altersarmut** in Europa mit 19 Prozent sehr unterschiedlich verteilt, die Werte sind abhängig von den nationalen Rentensystemen. **Bis 2050 wird sich diese Lage verschärfen: In Deutschland werden dann Rentner eine Rente von 40 Prozent des OECD-Durchschnitts erreichen.** In Österreich werden es zum selben Zeitpunkt 80 Prozent sein. In Deutschland wird eine Lohnpolitik benötigt, die es zukünftigen Rentnern heute schon ermöglicht, auskömmliche Anwartschaften zu sammeln. Zudem muss die **Einnahmeseite der Renten verbreitert** und die Steuerfinanzierung ausgebaut werden.